



Foto: iStock.com/Explora_2005

KURZSTELLUNGNAHME ZUM KLIMASCHUTZ- PROGRAMM 2030

IG METALL

**FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik
Ressort Industrie-, Struktur- und Energiepolitik**

Kurzstellungnahme zum Klimaschutzprogramm 2030

Eine erste Bewertung zeigt: Die Bundesregierung stellt mit dem Klimaschutzprogramm 2030 einige Weichen richtig. Dennoch bleiben viele Fragen offen. Ziele werden richtig beschrieben, ob allerdings die benannten Maßnahmen in den nächsten Jahren ausreichen, ist fraglich. Das Paket enthält einige positive Punkte - von der Vergünstigung der Bahntickets über die Umstellung der KfZ-Steuer auf CO₂ und die Förderung der E-Mobilität bis hin zur Senkung der EEG Umlage und der Erhöhung des Wohngeldes.

Für den angekündigten großen Wurf mit wirklich durchschlagender Wirkung bleibt es aber auf der Investitionsseite zu mutlos. Zudem lässt der Entwurf vermuten, dass die Priorität der Bundesregierung weiterhin dem ausgeglichenen Haushalt gilt und nicht einer entschlossenen Klimapolitik, deren Investitionsbedarfe weit über den zu erwartenden Mehreinnahmen liegen.

- Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und den angekündigten Investitionen in Schiene und Nahverkehr kommt alles auf die Präzisierung der Maßnahmen und deren Umsetzung in den nächsten Monaten an. Hier bleibt für die IG Metall der Vorschlag der Nationalen Plattform Mobilität zur Erreichung des Sektorzieles im Verkehr weiter der Maßstab, an dem sich die im Klimaschutzprogramm enthaltenen Maßnahmen messen lassen müssen.
- Die weiteren Schritte zum Ausbau der regenerativen Energien verlieren sich im Klein-Klein, ohne dass die zentrale Frage des Ausbaus der Fern- und Verteilnetze, wie auch notwendiger Energiespeicher beantwortet wird. Hier sind die Ergebnisse enttäuschend, zumal mit der neuen Regelung zum Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten die Ausbauhindernisse für die Windkraft noch verstärkt werden. Dies ist umso gravierender, da eine erfolgreiche Energiewende Voraussetzung für eine Dekarbonisierung des Verkehrs ist
- Unklar bleibt die konkrete Strategie der Bundesregierung und die dafür eingesetzten Mittel zu einem sektorübergreifenden Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur. Diese ist aber Voraussetzung für Treibhausgas arme Prozesse in der Grundstoffindustrie, für eine Dekarbonisierung des Verkehrs jenseits des PKWs.
- Das angekündigte CO₂-Preis-System ab 2021 wird auf absehbare Zeit keine Lenkungswirkung entfalten, aber die Bürger belasten. Die Bundesregierung setzt damit nicht auf eine solidarische Finanzierung, sondern offensichtlich weiter darauf, Klimapolitik über Konsumsteuern und nun auch den Zertifikatehandel zu finanzieren. Dies bedeutet eine Mehrbelastung bei Kraftstoffen und Heizöl, die bei unteren Haushaltseinkommen überproportional wirkt. Dieser negativen Verteilungswirkung wird durch die Erhöhung der Pendlerpauschale gerade nicht entgegengewirkt: Sie wirkt bei den höchsten Einkommen am deutlichsten steuermindernd, bei Niedrigeinkommen

ergibt sich dagegen keinerlei Entlastung. Während es sinnvoll ist, Berufspendler zu entlasten, wäre die Einführung des von der IG Metall und dem DGB geforderten Mobilitätsgeldes der richtige Schritt gewesen, weil es unabhängig von der Einkommenshöhe entlastet.

- Das Monitoring mit Ressortverantwortung bringt Verbindlichkeit, darf aber nicht dazu führen, dass die Frage der Kopplung zwischen Energie- und Verkehrssektor aus dem Blick gerät.

Wichtiger allerdings als Gutachterschlachten über genaue Tonnenziele ist, dass es jetzt endlich richtig losgeht. Denn neben den Klimazielen stehen auch hunderttausende Jobs auf dem Spiel. Die Bundesregierung muss für eine gute arbeitsmarkt- und weiterbildungspolitische Begleitung des Paktes sorgen. Hierzu enthält das Klimaschutzprogramm keine konkreten Maßnahmen. Dies muss zwingend ergänzt werden.

Dem nun veröffentlichten Eckpunktepapier liegt eine detaillierte Beschreibung der Maßnahmen und deren Finanzierung zu Grunde, die noch nicht veröffentlicht ist. Wir werden daher in den nächsten Tagen diese erste Einschätzung ergänzen, soweit uns die dazu wichtigen Fakten vorliegen.